# B I1

**Bundeselterngeldbezieher nicht abhängen**

**Antragsteller:** **UBV**

**Adressat: Parteivorstand**

**Bundestagsfraktion**

Die Vollversammlung möge beschließen:

Dass sich die Bundes SPD und die SPD-Bundestagsfraktion für die inflationsbereinigte Erhöhung des Bundeselterngelddeckels einsetzen und diesen auf das Niveau 2022 anpassen.

* Künftig sollte eine regelmäßige Überprüfung dieser maximalen Bezugshöhe erfolgen.

Initiativcharakter durch keine Veränderungen im 3. Entlastungspaket für diese Zielgruppe.

Begründung

Das Bundeselterngeld ist eine Lohnersatzleistung, die sich anhand der eingezahlten Beiträge aus den letzten 12 Monaten des Nettoeinkommens errechnet.

Bei der Einführung des Bundeselterngeldes im Jahr 2007 lag die maximale monatliche Bezugshöhe bei 1800€. Heute im Jahr 2022 liegt sie immer noch bei 1800€. Die durch das Statistische Bundesamt festgestellte Inflation in Deutschland lag in diesem Zeitraum bei 26%.

Somit konnten sich die Bezieher im Jahre 2007 mit 1800€ noch deutlich mehr leisten als jetzt -insbesondere durch die galoppierende Inflation - ausgelöst durch den Angriffskriegs Russland auf die demokratische Ukraine.

Es sind durch die Erhöhung der Arbeitsentgelte der Beschäftigten inzwischen viel häufiger Deckelungsproblematiken in Bezug auf die maximalen 1800€ Elterngeld vorhanden. Da das Delta bei vielen Beschäftigen bei mehreren hunderten Euro bis auch tausende Euro liegt, nehmen immer weniger Väter oder Mütter Elternzeit –insbesondere der Hauptverdienende, da die Nettoverluste nicht mehr auszugleichen sind. Der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst stieg in Deutschland von 2007: (3023€) bis 2022: (4100€) um somit 1700€.

Diese Problematik trifft insbesondere unsere Zielgruppe der Arbeitnehmer\*Innen. Sie betrifft aber nicht nur die jeweiligen Bezieher des Elterngeldes sondern auch deren Familien, da das verfügbare Einkommen nicht mehr reicht um die Fixkosten wie z.B. Wohnung/ Hauskredit, Neben-/Energiekosten, steigende Preise der Lebensmittelversorgung und Kita/OGS Gebühren sowie Dienstleistungen überhaupt zu bezahlen.

Als Sozialdemokrat\*Innen dürfen wir insbesondere diese Gruppe nicht vernachlässigen und sie weiter abhängen. Hier muss unverzüglich gehandelt werden.

angenommen: abgelehnt: überwiesen: